



Unser Landvolk

► Rundschreiben ◀

Ausgabe 1/2024



Nach den Protesten im Winter ist es Zeit für eine Zwischenbilanz.

Bild: Landvolk

Nach den Protesten – wie geht es weiter?

Im Dezember und Januar hat Deutschland die größten Bauernproteste seit Jahrzehnten erlebt: Der komplette Berufsstand war auf der Straße, um gegen die Sparbeschlüsse der Bundesregierung zu protestieren. Ist am Ende etwas Zählbares dabei herausgekommen? Immerhin hat die Ampel-Regierung an ihrem Beschluss festgehalten, die Steuer auf Agrardiesel zu erhöhen, nur eben zeitlich gestreckt bis 2026.

Für Dr. Holger Hennies, Präsident des Niedersächsischen Landvolks, haben sich die Proteste trotzdem

gelohnt: „Das geschlossene Auftreten der Landwirtinnen und Landwirte bei den Demos und der sehr große Rückhalt in der Bevölkerung haben bei der Politik einen Prozess ausgelöst. Die Politiker reden nicht mehr über uns, sondern mit uns. Wir haben wieder in Erinnerung gerufen, dass wir ein wichtiger und ernstzunehmender Berufsstand sind.“

Unter anderem wurde erreicht, dass:

- die Kfz-Steuer und die Kfz-Ver sicherungspflicht für landwirtschaftliche Fahrzeuge verhindert wurde.

Politik voller Widersprüche

Ein Kommentar von Lars Kaper, Vorsitzender des Kreislandvolkverbands Friesland

„ Was haben wir mit unseren Protesten seit Dezember (nicht) erreicht?

- Die Einführung der Kfz-Steuer kommt nicht.
- Die Tarifglättung bei der Einkommensteuer kommt – wahrscheinlich – wieder.
- Die Steuererstattung beim Agrardiesel ist ab 2026 Geschichte.

Zeitgleich soll das Enthornen von Kälbern nur noch mit dem Tierarzt möglich sein, die Tierwohlabgabe soll bei den Molkereien erhoben werden, nicht an der Ladentheke. Eine Politik voller Widersprüche: Auf der einen Seite kommt man uns entgegen, während im Hintergrund schon die nächsten Nadelstiche vorbereitet werden.

Parallelen gibt es bei der Legalisierung von Cannabis: Gesundheitsministerin Behrens sagt am 16. Februar: „Dieses Gesetz ist Murks.“ Also hätte Niedersachsen im Bundesrat für die Anrufung des Vermittlungsausschusses stimmen müssen. Stattdessen hat es sich enthalten – dies zählt als „Nein“-Stimme.

Kein Wunder, dass wir Landwirte enttäuscht sind von dieser Politik. Was bleibt uns nun? Weiter machen und an unseren legitimen Forderungen festhalten! Die Bevölkerung ist auf unserer Seite.

► Lesen Sie mehr auf Seite 2

► Fortsetzung von Seite 1

- der pauschale Umsatzsteuerersatz nicht noch einmal um 0,6 Prozentpunkte abgesenkt wurde, was besonders kleinere und mittlere Betriebe entlastet.
- in diesem Jahr wieder eine Ausgleichszulage für Betriebe in den so genannten „benachteiligten Gebieten“ gezahlt wird.
- es weiterhin die Möglichkeit zur

steuerlichen Tarifglättung geben wird – das bringt gerade bei den starken Gewinn-Schwankungen, die es in den vergangenen vier Jahren in fast allen Bereichen gegeben hat, spürbare Entlastungen.

Zudem konnten aktuelle Gesetzesvorlagen in den Ministerien, die weitere Belastungen und noch

mehr Bürokratie bedeutet hätten, angehalten werden. „Jetzt gilt es, diese komplett zu streichen. Hierzu zählen die Stoffstrombilanz im Düngerecht, die weiteren Auflagen in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sowie bei der Weiterentwicklung der Tierhaltung“, zeigt der Landvolkpräsident einige Themenbereiche auf. „Wir werden

Demos, Blockaden, Gespräche – eine Chronologie

Bundeskanzler Olaf Scholz, Wirtschaftsminister Robert Habeck und Finanzminister Christian Lindner beschließen in einer Nachtsitzung eine Liste mit Sparvorhaben, um ein Milliardenloch im Bundeshaushalt zu stopfen. Mit dabei: Die Streichung der Agrardiesel-Regelung und das Ende der Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge („Grünes Kennzeichen“). Der Deutsche Bauernverband reagiert umgehend und kündigt den entschlossenen Widerstand des gesamten Berufsstands gegen diese Entscheidung an.

In einer spontanen Aktion legen rund 600 Schlepperfahrer aus der gesamten Region den Verkehr in Oldenburg lahm. Auch der Wesertunnel ist aufgrund einer Schlepperblockade für mehrere Stunden gesperrt. An weiteren Tagen kommt es immer wieder zu spontanen Schleichfahrten, Mahnfeuern und anderen Protestaktionen.



13.12.
2023

18.12.
2023

20.12.
2023

4.1.
2024



Großdemo vor dem Brandenburger Tor mit 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Deutschland. Die Kreislandvolkverbände Wesermarsch und Friesland organisieren gemeinsam mit dem Ammerländer Landvolkverband drei Busse in die Hauptstadt. Auch mit Schleppern machen sich Berufskollegen auf den Weg nach Berlin.

Die Bundesregierung kündigt an, die Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge beizubehalten und die Steuererhöhung auf Agrardiesel zeitlich auf zwei Jahre zu strecken, sodass der volle Steuersatz erst 2026 fällig wird. Der Deutsche Bauernverband bewertet diese Entscheidung als unzureichend und fordert weiterhin die vollständige Rücknahme der Beschlüsse zu Lasten der Landwirtschaft.

gerade auch hinsichtlich des Europawahlkampfes an den Themen dranbleiben“, sagt Hennies zur weiteren Vorgehensweise. Dazu haben sowohl das Landvolk Niedersachsen wie auch der Deutsche Bauernverband einen Forderungskatalog vorgelegt. Auch die Kreislandvolkverbände Friesland und Wesermarsch haben

in einem dreiseitigen Papier zusammengetragen, welche Punkte speziell aus Sicht der Grünlandbetriebe an der Küste auf den Prüfstand gehören – beispielsweise die umständlichen Genehmigungen bei einer Grünland-Neuansaat oder die peniblen Dokumentationsvorgaben für die neue Weideprämie. Durch Gespräche und Briefe an

alle Bundestags-, Landtags- und Europaabgeordnete sowie durch Pressegespräche, Social-Media-Beiträge und Großflächenplakate an gut sichtbaren Standorten soll Aufmerksamkeit erzeugt und für Verständnis in der Bevölkerung geworben werden, bei der gerade das Thema überbordende Bürokratie auf große Resonanz stößt.

Die Strategie der Proteste

Die Landvolkverbände rund um Bremen rufen gemeinsam mit „Land schafft Verbindung“ Niedersachsen zu einer Demonstration in Bremen auf. Aus Friesland und der Wesermarsch fahren Treckerkonvois unter dem Motto „Der Weg ist das Ziel“ Richtung Bremen. Der Wesertunnel wird gantztägig blockiert.



Die Zufahrt zum Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven wird von protestierenden Schlepperfahrern immer wieder blockiert. Nach einem Gespräch mit Wirtschaftsminister Olaf Lies, das Frieslands Kreislandvolk-Vorsitzender Lars Kaper vermittelt hat, wird die Aktion nach drei Tagen beendet.

Gespräche, Gespräche, Gespräche... mit den Bundestags- und Landtagsabgeordneten von SPD, Grünen, FDP und CDU. Es gibt Signale, dass es bei der Steuererhöhung auf Agrardiesel bleibt, aber Entlastung im Steuerrecht und bei bürokratischen Auflagen denkbar ist.



8.1. 2024

15.1. 2024

29.1. 2024

5.2. 2024

Januar/ Februar/ März



Erneute Großdemo in Berlin mit mehr als 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Kreislandvolkverbände Wesermarsch, Friesland und Ammerland organisieren wieder Busse und sammeln Spenden für diejenigen, die sich mit dem Trecker auf den Weg in die Hauptstadt machen. Die Bundesregierung bleibt jedoch bei ihrer Linie.



Neujahrsempfang der Kreislandvolkverbände Wesermarsch und Friesland mit Gastredner Christian Dürr, dem Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion. Auch die Bundestagsabgeordneten Siemtje Möller und Susanne Mittag (beide SPD) sowie Anne Janßen (CDU) sind da und beteiligen sich an der anschließenden Diskussion. Es wird deutlich, dass sich SPD und FDP über den Kurs in der Agrarpolitik nicht einig sind.



Wie hat Frieslands Landrat Sven Ambrosy die Bauerndemo wahrgenommen?

„Wenn ich an die Demonstrationen der Landwirtinnen und Landwirte denke, sehe ich Traktoren mit Bannern vor mir und Menschen, die Gespräche führen, zum Beispiel am Alten Markt in Jever. Der Protest war gleichsam Dialog und Bemühen darum, den Menschen vor Ort die Situation der Landwirtschaft zu vermitteln. Die Bevölkerung in Friesland hat aus meiner Sicht mit großer Sympathie auf die Demonstrationen reagiert. Man spürt, dass die Landwirtschaft in Friesland eine lange Tradition und große Bedeutung hat. Egal ob Ackerbau oder Viehhaltung, die Landwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Lebensmittelversorgung und über die Weidewirtschaft für das typische friesische Landschaftsbild. Traditionell pflegen der Landkreis und das Landvolk einen konstruktiven Austausch. Denn wenn es Herausforderungen gibt, setzt man sich am besten zusammen und sucht nach Lösungen. Auf der diesjährigen Grünen Woche in Berlin haben der Vorsitzende des Kreislandvolkverbandes Friesland, Lars Kaper, der Geschäftsführer des Kreislandvolkverbandes Friesland, Manfred Ostendorf, und ich vereinbart, den Austausch unserer Vorstände zu intensivie-

ren. Eine erste Gesprächsrunde hierzu hat Ende Februar 2024 im Kreisamt in Jever stattgefunden. Ich habe mich sehr über den konstruktiven Austausch zu hiesigen Herausforderungen und deren pragmatischen Lösungen gefreut. Wir werden uns weiter regelmäßig treffen und die gute Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Kreisverwaltung fortführen.“

ren. Eine erste Gesprächsrunde hierzu hat Ende Februar 2024 im Kreisamt in Jever stattgefunden. Ich habe mich sehr über den konstruktiven Austausch zu hiesigen Herausforderungen und deren pragmatischen Lösungen gefreut. Wir werden uns weiter regelmäßig treffen und die gute Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Kreisverwaltung fortführen.“

Wie hat Stephan Siefken, Landrat im Landkreis Wesermarsch, die Bauerndemo wahrgenommen?

„Liebe Landwirtinnen und Landwirte, wochenlange Proteste liegen hinter Ihnen. Proteste, die Sie aus gutem Grund geführt haben und die notwendig waren, um Ihre Unzufriedenheit mit der Bundespolitik kundzutun. Für Ihr Engagement möchte ich Ihnen danken. Sie haben von Ihrem Recht der Versammlungsfreiheit und der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht. Das ist ein hohes Gut und das war gut so! Seien Sie gewiss: Ich stehe an Ihrer Seite und werde mich weiterhin aktiv für die Belange der Landwirtschaft einsetzen. Denn die Landwirtschaft ist nicht nur wirtschaftlich ein herausragender Faktor für die Wesermarsch. Sie ist zugleich ein Grundpfeiler unseres Landes (Stichwort Versorgungssicherheit) und übernimmt bedeutsame gesellschaftliche Aufgaben – ob Landschaftspflege, Brauchtum und am Ende auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kurzum: Ohne die Landwirtschaft wäre unsere Gemeinschaft in vielerlei Hinsicht ärmer, denn Ihr Engagement, liebe Landwirtinnen und Landwirte, strahlt weit in die Gesellschaft hinein. Bleiben Sie standhaft, wir brauchen Sie!“



Die Bauernproteste haben wochenlang die Schlagzeilen in den Medien dominiert.

Bild: Landvolk



Noch mehr Stromautobahnen queren Friesland und die Wesermarsch

Zukunftsvertrag TenneT als Grundlage für projektbezogene Rahmenverträge

Im Zuge der Energiewende werden deutschlandweit gerade neue Stromleitungen gebaut. Damit die Landeigentümer eine faire Entschädigung für die entstehenden Belastungen erhalten, hat das Landvolk Niedersachsen im Dezember einen landesweiten Zukunftsvertrag mit dem Netzbetreiber TenneT geschlossen. Neben einem allgemeinen Teil, der die zukünftige Zusammenarbeit bei Leitungsprojekten regelt, wurden Musterrahmenvereinbarungen für Freileitungen und Erdkabelprojekte als Grundlage für projektbezogene Rahmenverträge mit den jeweiligen Kreislandvolkverbänden vereinbart.

Am 23. Februar 2024 sind die Kreislandvolkverbände Friesland und Wesermarsch gemeinsam mit allen weiteren betroffenen Kreisverbänden in Niedersachsen diesem Zukunftsvertrag beigetreten. In Kürze werden wir für die Hochspannungsleitungsprojekte Elbe-Weser, Elsflath-Ganderkesee und Elsflath-Sottrum auf dieser Grundlage projektbezogene Rahmenverträge abschließen.

Eine Ausnahme sind die geplanten Offshore-Anbindungen LanWin und BalWin Richtung Wilhelmshaven bzw. Richtung Kleinensiel, bei denen die verantwortlichen Projektleiter bisher nicht bereit gewesen sind, entsprechende Rahmenverträge auf Grundlage des Zukunftsvertrags abzuschließen. Dies ist bedauerlich, denn die derzeitigen Vertragsangebote für die Offshore-Leitungen sind schlechter. Betroffene Grundeigentümer

und Bewirtschafter sollten daher den Abschluss einer Rahmenvereinbarung einfordern, um verbesserte Konditionen erhalten zu können. Ab 2025 fallen sämtliche Offshore-Anbindungsleitungen dann ohnehin unter den Zukunftsvertrag.

Erdkabel-Vorhaben von Amprion

Neben TenneT gehört auch die Amprion GmbH zu den vier Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland und plant ebenfalls umfangreiche Kabelverbindungen im Raum Friesland und der Wesermarsch. Zum einen ist dies der „Korridor B“, der von Wilhelmshaven senkrecht durch Friesland Richtung Süden verläuft sowie in einem zweiten Verlauf durch die südliche Wesermarsch im Raum Berne. Das zweite große Projekt ist der sogenannte Rhein-Main-Link, der am neu geplanten Nordwest-Hub in Großenmeer Richtung Frankfurt starten soll. Der Strom gelangt von den Offshore-Anlagen

in der Nordsee über Ostfriesland/Friesland nach Großenmeer.

Entsprechende Voruntersuchungen für den Rhein-Main-Link laufen in der Wesermarsch bereits, und Grundstückseigentümer wurden angeschrieben und informiert. Auch mit Amprion führen wir seitens des Landvolks landesweite Verhandlungen über den Abschluss von Rahmenverträgen auf Grundlage des Zukunftsvertrages TenneT sowie eines bereits bestehenden Rahmenvertrages zwischen Amprion und Landvolk.

Wasserstoffpipeline

Die OGE, bekannt durch bereits umgesetzte LNG-Vorhaben in unserer Region, plant als Gasnetzbetreiber jetzt eine weitere Pipeline für Wasserstoff ausgehend von Wilhelmshaven über Sande, Etzel nach Bunde und von dort weiter ins südliche Emsland bis nach NRW. Auch hier laufen bereits Voruntersuchungen sowie Verhandlungen über den Abschluss eines Rahmenvertrages.



Mit dem Netzbetreiber TenneT hat das Landvolk Niedersachsen einen Zukunftsvertrag geschlossen, der Entschädigungen bei Leitungsbauprojekten regelt. Bild: Landvolk Niedersachsen

Erst Nutztiere machen Landwirtschaft nachhaltig

Vegane Lebensmittel werden erst in Kombination mit tierischen Lebensmitteln umwelt- und klimafreundlich. So lautet eine der zentralen Thesen von Professor Wilhelm Windisch von der Technischen Universität München, wo er bis vor kurzem den Lehrstuhl für Tierernährung innehatte. Auf Ein-

ladung der Kreislandvolkverbände Wesermarsch und Friesland erläuterte er jetzt in Rodenkirchen (Landkreis Wesermarsch), warum dies so ist, und warum das Narrativ der „Kuh als Klimakiller“ in die Irre führt.

„Wenn Landwirte auf dem Acker Pflanzen für die menschliche Er-

nährung anbauen – beispielsweise Getreide, Raps, Kartoffeln oder auch Soja –, dann entsteht dabei zwangsläufig sehr viel Biomasse wie Stroh, die nicht als Nahrungsmittel zu verwerten ist“, so Prof. Windisch. Bei der Verarbeitung blieben weitere Reststoffe wie Kleie oder Rübenschnitzel übrig. Und 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland seien gar nicht auf direktem Weg für die menschliche Ernährung nutzbar, weil es sich dabei um Dauergrünland handele. „Um ein Kilo pflanzliche Lebensmittel zu erhalten, erzeugt man unweigerlich vier Kilo nicht-essbare Biomasse“, bezifferte Wilhelm Windisch die Relation. Was für Menschen nicht genießbar ist, könnten aber Tiere und ganz besonders Wiederkäuer verwerten – und dabei auch noch zusätzliche Nahrungsmittel wie Milch und Fleisch produzieren.

„Wenn man darauf verzichtet, diese Stoffe an Nutztiere zu verfüttern, vernichtet man dabei hochwertige Nahrung, ohne Umwelt oder Klima zu entlasten“, stellte Prof. Windisch fest. Angesichts der eng begrenzten weltweiten Ackerfläche und einer Weltbevölkerung, die bis 2050 voraussichtlich auf 10 Milliarden Menschen wächst, könnten wir uns diese Verschwendung nicht leisten. Umgekehrt müssten Getreide- oder andere



Prof. Wilhelm Windisch machte bei seinem Vortrag deutlich, welchen Beitrag die Rinderhaltung zum Klimaschutz leisten kann.

Bild: Vogt

► **Herausgeber:**

Kreislandvolkverband
Friesland e.V.

Kreislandvolkverband
Wesermarsch e.V.

Geschäftsstelle:
Albrecht-Thaer-Straße 2
26939 Ovelgönne
Telefon 04401/9805-0

► **Redaktion und Fotos:**

Tjade Gronau
Manfred Ostendorf
Andrea Vogt
Wiebke Wulff-Brandt

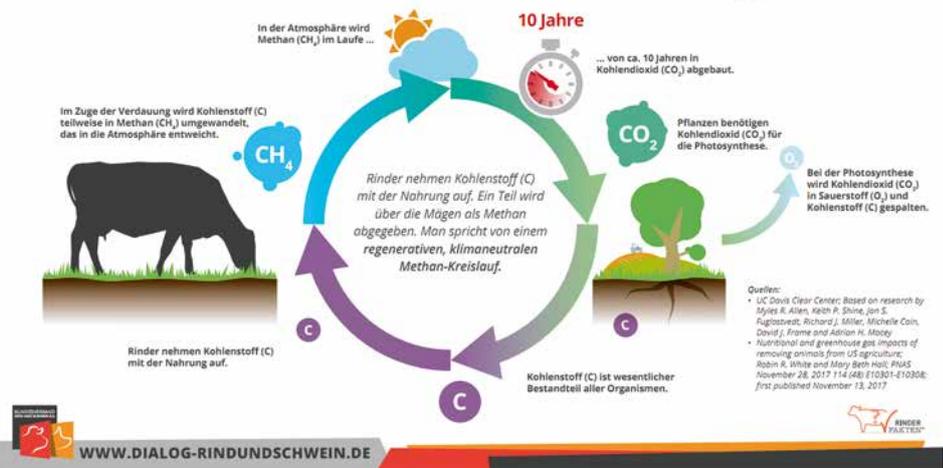
► **Layout und Druck:**

Heiber GmbH Druck & Verlag
Feldhauser Straße 61
26419 Schortens
Telefon 04461/9290-0
www.heiber.de

Pflanzenbestandteile, die für die menschliche Ernährung prinzipiell geeignet sind, zunächst dem Menschen vorbehalten sein und dürfen erst dann an Tiere verfüttert werden, wenn sie beispielsweise aufgrund mangelhafter Qualität nicht den Weg in die Weiterverarbeitung zu Lebensmitteln finden. Insofern gebe es bei der heutigen Form der Nutztierhaltung durchaus Änderungsbedarf: „Die Nahrungskonkurrenz durch Nutztiere muss enden.“

Aber was ist mit dem Methan, das bei der Verdauung im Magen der Kuh entsteht? Prof. Windisch betonte, dass es sich dabei in der Tat um ein stark klimaschädigendes Gas handle. Im Gegensatz zu CO₂ aus fossilen Quellen reichere es sich aber nicht in der Atmosphäre an, sondern zerfalle mit einer Halbwertszeit von zwölf Jahren. Solange die Zahl der Rinder konstant bleibe, trage Methan nicht zur weiteren Erwärmung des Klimas bei. In Deutschland trifft das zu: Hier ist die Zahl der Wiederkäuer

Methankreislauf in der Rinderfütterung



Methan aus der Rinderhaltung befindet sich in einem Kreislauf und trägt nicht zur weiteren Klimaerwärmung bei, solange die Zahl der Rinder konstant bleibt.

Grafik: Bundesverband Rind und Schwein e.V.

in den letzten 150 Jahren sogar gesunken.

„Als Tierhalter werdet ihr gebraucht, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren und gleichzeitig die zur Verfügung stehenden Ressourcen an landwirtschaftlicher Fläche möglichst effizient und nachhaltig zu nutzen“, appellierte Wilhelm Windisch vor allem an die Junglandwirte. Die Herausforderung bestehe darin,

für die Fütterung der Tiere nur die unvermeidlich anfallende, nicht essbare Biomasse in einer Region zu verwenden und dabei dank einer optimierten Futterwirtschaft eine möglichst hohe Leistung zu erreichen. Auf der anderen Seite seien auch die Verbraucher gefragt, nur so viel Fleisch, Milch und Eier zu konsumieren, wie die nicht-essbare Biomasse herbeigebe.

Zusätzliche Nahrung aus nicht-essbarer Biomasse



Dieses Schaubild verdeutlicht, warum Nutztiere für eine effiziente und nachhaltige Landwirtschaft gebraucht werden.

Grafik Wilhelm Windisch

„Rotes Gebiet“ im nördlichen Friesland wird gerichtlich überprüft

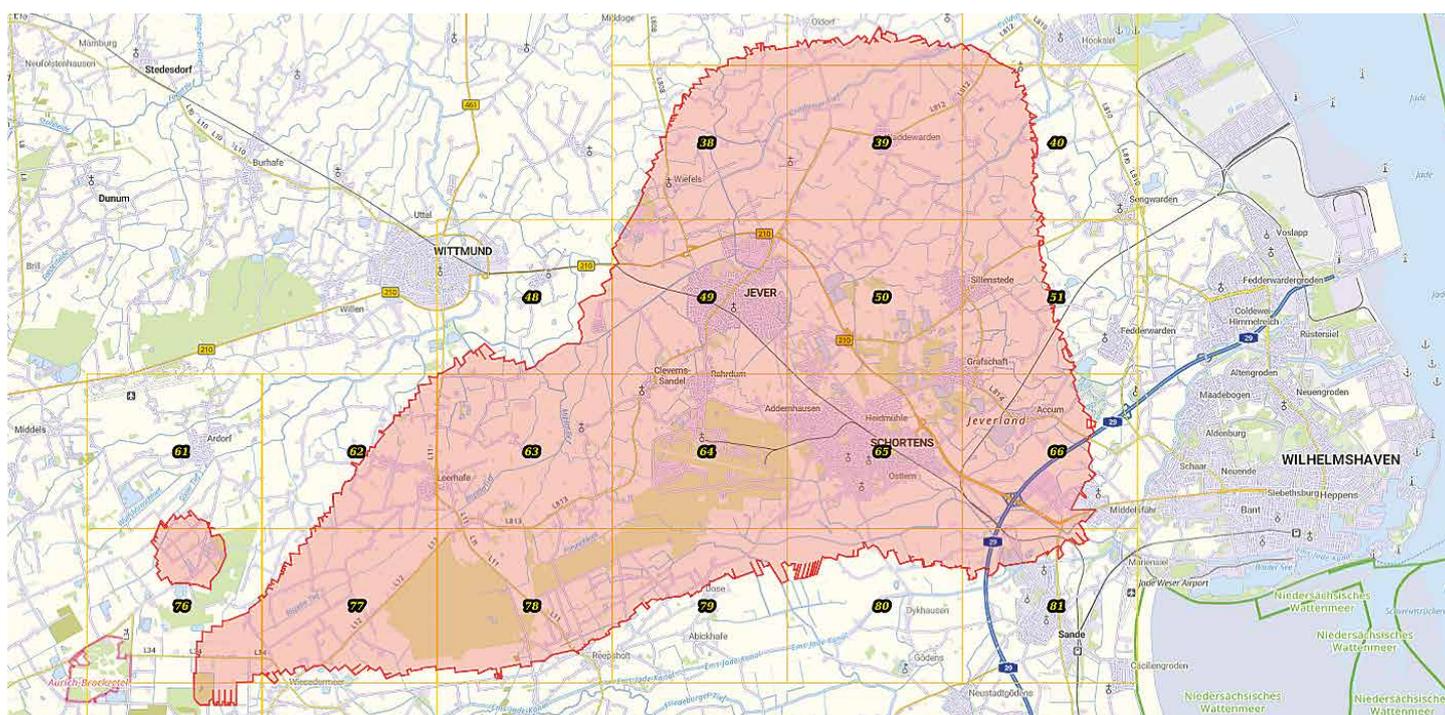
Der Kreislandvolkverband Friesland hat im Oktober 2023 eine Klagegemeinschaft „Rotes Gebiet nördliches Friesland“ gegründet. Inzwischen sind 45 Bewirtschafter mit über 4.000 Hektar betroffener Fläche der Klagegemeinschaft beigetreten. Bereits im Herbst wurde das Fachbüro HYDOR Consult GmbH aus Berlin mit einer fachlichen Evaluierung der nitratbelasteten Gebiete im Grundwasserkörper beauftragt. Das Gutachten liegt seit Ende Januar 2024 vor und wurde im Rahmen einer Info-Veranstaltung am 28. Februar 2024 in Jever den Mitgliedern der Klagegemeinschaft vorgestellt. Festgestellt wurde:

1. Die Grenzen des Grundwasserkörpers entsprechen nicht einheitlich geohydraulischen Kriterien, repräsentieren also nicht das Fließen des Grundwassers gemäß der Definition nach Wasserhaushaltsgesetz.
2. Acht der 22 Messstellen haben grundwasserschutzrelevante Mängel.
3. Fünf Messstellen wurden nach Auswertung der durchgeführten Funktionsprüfung als nicht funktionstüchtig eingestuft. Bei allen 17 weiteren Messstellen bestehen dazu Zweifel.
4. Bei 14 der 22 Messstellen wurden hydraulische Kriterien verfehlt.
5. Die Prüfung der Plausibilität erbrachte, dass nur 54 Prozent der bewertbaren Analysen als plausibel eingestuft werden konnten.
6. Keine einzige der 22 ausgewiesenen Messstellen ist aktuell für die Zwecke der Ausweisung nitratbelasteter Gebiete sicher geeignet.
7. Das sogenannte IDW-Verfahren wurde unbegründet in Anspruch genommen und zeigt fachlich unplausibel ausgewiesene nitratbelastete Gebiete.

Auf Grundlage dieser Ergebnisse wurde der Rechtsanwalt Dr. Helge Voigts beauftragt, für dieses Gebiet mit einem ausgewählten Betrieb eine Normenkontrollklage beim Obergericht in Lüneburg einzureichen.

Zurzeit sind in Niedersachsen bereits sieben derartige Klagen über das Landvolk anhängig. Je eine weitere Klage erfolgt über das Landvolk aus dem Raum Göttingen, dem Land Hadeln sowie aus der Wesermarsch. In dem Verfahren aus der Wesermarsch wird die Messstelle Rastederberg beklagt, die auch den Raum Varel mit abdeckt.

Mit der Klage aus dem nördlichen Friesland ist derzeit die elfte Klage im Zusammenhang „Rote Gebiete“ gemäß Düngeverordnung auf dem Weg. Mit einer gerichtlichen Entscheidung ist jedoch frühestens in eineinhalb bis zwei Jahren zu rechnen.



Im nitratsensiblen „Roten Gebiet“ rund um Jever und Schortens liegen fast 50 Betriebe.

Grafik: LEA-Portal Niedersachsen"

Moor oder nicht, das ist hier die Frage!



Die braun schraffierten Bereiche sind laut Gebietskulisse kohlenstoffreiche Böden – Umbruch ist verboten.

Grafik: LEA-Portal Niedersachsen

Seit dem 1. Januar 2024 gelten in Niedersachsen Vorgaben zu GLÖZ 2: Dauergrünlandflächen in Feuchtgebieten und Mooren dürfen demnach nicht mehr umgebrochen werden.

Die genauen Gebietskulissen – und damit die Betroffenheit der einzelnen Flächen und Betriebe ist mittlerweile online über das LEA-Portal einsehbar (Tipp: „LEA-Portal“ bei Google eingeben und die entsprechenden Weiterleitungen nutzen; die Karte „kohlenstoffreiche Böden GLÖZ 2“ muss aktiviert werden).

Als Moore und Feuchtgebiete versteht der Gesetzgeber dabei Flächen „mit mindestens 7,5 Prozent organischem Bodenkohlenstoffgehalt oder mindestens 15 Prozent organischer Bodensubstanz in einer Bodenschicht von 10 cm Mächtigkeit innerhalb der oberen 40 cm des Profils“ besitzen.

Bei der Einstufung einzelner Flächen kann es erhebliche Abweichungen zwischen den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort und der Gebietskulisse geben.

Für solche Fälle ist vom niedersächsischen Landwirtschaftsministerium ein separates Verfahren angedacht. Jeder Antragsteller,

der seine Flächen fälschlicherweise als Moor eingeordnet sieht, kann dies beanstanden. Wann dieses Verfahren starten wird, ist derzeit noch ebenso unbekannt wie der genaue Ablauf. Bekannt ist nur, dass man nach dem noch undatierten Start des Verfahrens vier Wochen Zeit hat, die Unterlagen bei der zuständigen Bewilligungsstelle einzureichen.

Es müssen dabei Nachweise erbracht werden wie z.B.

- Bodenprofilaufnahmen (60 cm tiefes Bodenprofil mit Maßstab/ Zollstock)
- Aktuelle Bodenschätzungen ab 2018
- Laboruntersuchungen
- Nachweise einer vor dem 01.01.2020 angelegten Baggerkuhlung oder Tiefpflugmaßnahme
- fachliche Stellungnahmen einer Unteren Naturschutzbehörde

Die Überprüfung soll in den Folgejahren in ANDI möglich sein. In diesem Jahr kann man dort für die einzelnen Schläge lediglich vermerken, dass diese die Voraussetzungen für kohlenstoffreiche Böden nicht erfüllen. Das hat lediglich statistischen Charakter

und ist kein verbindlicher Antrag oder hat Auswirkungen auf das spätere Antragsverfahren.

Unser Tipp: Nutzen Sie diese Möglichkeit dennoch nach bestem Wissen und Gewissen, auch wenn noch keine der oben genannten Nachweise vorliegen. So kann dem Ministerium gezeigt werden, wie groß die Betroffenheit in der Praxis tatsächlich ist.

Hintergrund ist, dass die mit der Überprüfung der Anträge beauftragten Stellen landesweit nur „einige hundert Fälle“ abarbeiten können. Alleine in unserem Dienstgebiet rechnen wir mit einigen tausend betroffenen Schlägen. Das sollte beim Amtsschimmel in Hannover vernommen werden.

► **Autor:**
Tjade Gronau,
Mitarbeiter für
Grüne Buchführung



Wie „grün“ ist deine Landwirtschaft? – Die Bewertung läuft schon!

Gefühlt wird schon seit etlichen Jahren darüber diskutiert, wie klimaschädlich (oder eben nicht) die Landwirtschaft ist. Eine eindeutige Lehrmeinung gibt es offenbar noch nicht, wie viele sich teilweise widersprechende Untersuchungen zur CO₂-Bilanzierung zeigen.

Die Banken bewerten die Nachhaltigkeit der Bauernhöfe – gezwungenermaßen – bereits heute. Hintergrund ist die EU-Taxonomie-Gesetzgebung. Verkürzt ausgedrückt: Die Europäische Union möchte Kapitalströme und Investitionen künftig noch stärker in „nachhaltige Aktivitäten“ lenken. Sechs Umweltziele gelten als Bewertungsmaßstab:

- Klimaschutz
- Klimawandelanpassung
- Nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser- und Meeresressourcen
- Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft
- Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung
- Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und der Ökosysteme

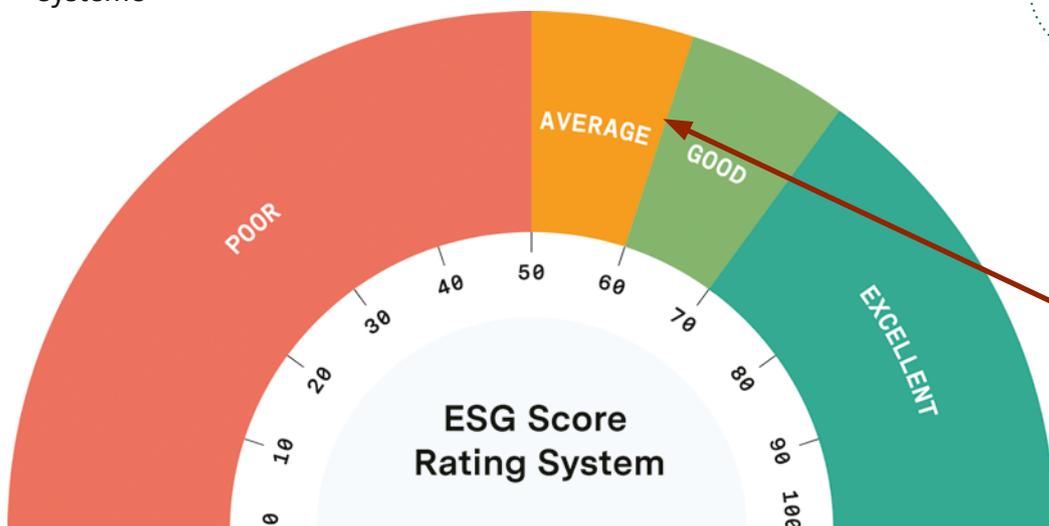
Man wirtschaftet also dann nachhaltig, wenn diese Ziele erreicht oder zumindest nicht torpediert werden.

Die Banken müssen ihre Kunden sowie deren Investitionsabsichten unter bestimmten Nachhaltigkeitskriterien bewerten. Neben Klima-Aspekten beinhalten diese auch Fragen zur Bezahlung, Gleichstellung der Geschlechter und vieles andere mehr.

Dieses Bewertungs-Konstrukt nennt sich ESG-Rating (Environmental, Social and Governance = Umwelt, Soziales, Unternehmensführung). Neben dem Rating zur Zahlungsfähigkeit wird also ein zweites Rating aufgebaut, welches mitunter Einfluss auf die künftige Kreditwürdigkeit haben könnte, zumindest aber auf den Zinssatz.

Die konkreten Auswirkungen lassen sich noch nicht abschätzen. Wie wir in Gesprächen mit regionalen Banken jedoch erfahren haben, steht die Landwirtschaft aber nicht deutlich schlechter da als Branchen wie etwa das Handwerk. Grund zur Sorge besteht also nicht.

Dennoch zeigt diese Entwicklung, dass – während die Wissenschaft noch unschlüssig ist – bereits vom Gesetzgeber Fakten geschaffen wurden, die bis hinein in die heimische Dorfsparkeasse und auf den Bauernhof auf dem Lande wirken. Das lässt Investitionsentscheidungen z. B. in erneuerbare Energien in einem anderen Licht erscheinen. Rechnet sich die Kleinbiogasanlage oder die PV-Anlage auf dem Dach mit spitzem Bleistift eher schwer, so kann sie indirekt doch dazu beitragen, dass bei der nächsten Kreditanfrage ein etwas besserer Zins zu haben ist. Einfach deshalb, weil die wolkige Frage: „Unternehmen Sie etwas zur Senkung von CO₂-Emissionen?“ dann mit einem „JA“ beantwortet wird. Fragen Sie bei nächster Gelegenheit doch einmal Ihren Bankberater danach, wie „grün“ ihr Betrieb ist.



► **Autor:**
Tjade Gronau,
Mitarbeiter für
Grüne Buchführung



Landwirtschaftliche Betriebe stehen im Nachhaltigkeits-Rating der Banken nicht schlechter da als Betriebe aus anderen Branchen wie etwa dem Handwerk.

Grafik: Blog urbanfootprint.com

Neu im Landvolk-Team Versicherungen



Sarah Köhne

Zuhause in: Ovelgönne

Berufliche Stationen:

- Ausbildung zur Kauffrau im Groß- und Außenhandel
- 11 Jahre Tätigkeit bei der Ripken Agrarhandel GmbH

Bezug zur Landwirtschaft:

- aufgewachsen auf dem Milchviehbetrieb meiner Eltern in Reitlanderzoll (Gemeinde Stadland)
- immer zur Stelle, wenn auf dem Milchviehbetrieb meines Partners und meiner Schwiegereltern eine helfende Hand gebraucht wird

Meine Aufgaben:

- Antragsbearbeitung
- Kundenbetreuung
- Bestandsverwaltung und Auskunftserteilung

Die Top 3 Versicherungen für den Landwirt

Landwirte sind bei ihrer Arbeit einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt – und ein einziges Ereignis kann das ganze Leben verändern. Diese Risiken bedürfen daher einer besonderen Absicherung. Sind Sie als Betriebsleiter und/oder Landwirt vernünftig abgesichert? Diese drei Versicherungen sollte jeder haben:

Tipp für Schulabgänger:



Jetzt noch schnell vom günstigen Tarif für Schülerinnen und Schüler in der Berufsunfähigkeitsversicherung profitieren. Dieser ist oft deutlich günstiger als für Azubis oder Studenten. Je nach Berufswahl sind später Beitragsunterschiede von 50 Euro und mehr pro Monat nicht selten.

1. **Berufsunfähigkeitsversicherung:**

Absicherung der Arbeitskraft durch Zahlung einer monatlichen Rente bei längerfristigem Ausfall durch Krankheit oder Unfall.

2. **Risiko-Lebensversicherung:**

Absicherung von Hinterbliebenen, Partner/-in und Kindern, wenn etwas Schlimmes passiert. Einmalzahlung im Todesfall. Umso wichtiger, je mehr Fremdkapital im Betrieb investiert ist.

3. **Private Unfallversicherung:**

Einmalzahlung bei schweren Unfällen. Zahlt zusätzlich zur gesetzlichen Unfallversicherung. Übernimmt Mehrkosten für Umbaumaßnahmen, Prothesen etc.

Gerne stehen wir bei Fragen zum genannten Thema zur Verfügung oder erstellen bei Bedarf ein unverbindliches Angebot.

Landvolk Versicherungen

Telefon: 04401 9805-23

Telefax: 04401 9805-71

E-Mail:

info@landvolk-dienstleistung.de

WhatsApp: 0178 3196782



Wiebke Wulff-Brandt –
Durchwahl 16



Antje Burhop –
Durchwahl 23



Sarah Köhne –
Durchwahl 24



Carmen Maas –
Durchwahl 25

Bienen schützen und gewinnen

Die Insektenvielfalt fördern und dieses Engagement auch sichtbar machen – darum geht es bei der Aktion „Bienenfreundlicher Landwirt“ der Kampagne „Eure Landwirte – Echt grün“. Unter allen teilnehmenden Landwirtinnen und Landwirten werden in diesem Jahr wieder hochwertige Werkzeug-Sets verlost. Wer sich zum ersten Mal an der Aktion beteiligt, kann sich online unter www.eure-landwirte.de/bfl anmelden. Wer im Vorjahr schon mitgemacht hat, ist in diesem Jahr automatisch wieder dabei, wenn er/sie nicht widerspricht.

Kreislandvolkverband Friesland | Kreislandvolkverband Wesermarsch

Milchviehhaltung bleibt Option auf Moorböden

Wie kann es gelingen, durch deutlich angehobene Wasserstände die CO₂-Emissionen auf Moorböden zu verringern und gleichzeitig die Flächen weiter für die Milcherzeugung zu nutzen? Antworten auf diese Frage soll das Projekt „GreenMoor“ des Grünlandzentrums Niedersachsen/Bremen geben. Einen entsprechenden Förderbescheid in Höhe von rund 400.000 Euro hat jetzt die Niedersächsische Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte (Bündnis 90/Die Grünen) auf dem Hof von Dirk Hanken in Moorriem übergeben.

Familie Hanken stellt rund 7,5 Hektar Fläche für das Projekt zur Verfügung, wovon etwa 4,5 Hektar teilvernässt und mit weiteren 3 Hektar Referenzflächen verglichen werden. Auch die Molkerei Ammerland ist im Boot und stellt das Geld für die Messtechnik zur Verfügung. Die wissenschaftliche Begleitforschung übernimmt die Universität Greifswald.

„Damit bleibt die Milchviehhaltung auch politisch weiter eine Option auf Moorböden“, bewertet Dr. Kars-

ten Padeken, Vorsitzender des Kreislandvolkverbands Wesermarsch wie auch des Grünlandzentrums, die Förderzusage. „In den vergangenen Jahren ist vor allem in der Berliner Politik nur noch über Vollvernäsung sowie die nasse Nutzung mit

Paludikulturen oder Photovoltaik diskutiert worden. Ich freue mich, dass jetzt zumindest in Niedersachsen ein Umdenken stattfindet und Geld für dieses Projekt zur Verfügung gestellt wurde. Dafür haben wir als Landvolk lange gekämpft.“



Den Bescheid für das Moor-Förderprojekt hat Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte persönlich an Grünlandzentrum-Geschäftsführer Arno Krause überbracht.

Bild: Grünlandzentrum